Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.— Annahme von Aufträgen Wochentags von 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die Spaltzeile Grundzeile kostet 15 Pfg., für Vereine, Behörden, Anzeigen aus dem Publikum 20 Pfg. Reklamen 40 Pfg. Nichtamtliche Anzeigen aus der Provinz, Zeile 20 Pfg. Keine Verbindlichkeit für die Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Für Schadenersatzansprüche gegen Verzögerung oder Nichtaufnahme der Anzeigen wird keine Garantie übernommen. Für Redaktion verantwortlich: Schriftleiter Max Rudolph. Alle Annoncen-Bureaus nehmen Inserate und Anzeigen an. Redaktionsbüro: Marienstraße Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang. Aufl. 54,000 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich 6 Wilsdruffer Strasse 6 (neben der Dresdner Bank u. vis-a-vis Hotel goldner Engel). Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1892.

Gustav Hitzschold
Tapeten
Moritzstrasse Nr. 1-4.

L. Weidig, Waisenhausstr. 21
Neuheiten
hochelegant garnirter Damenhüte.
Grosse Einkäufe
und häufige persönliche Modestudien in Berlin, Paris, London.

Atelier für feine Corsets
nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 25. Fernspr.-A. 1.167.

Reizend garnirte Brautkissen
in allen Preislagen
C. Hesse, Kgl. Hofl., Altmarkt.

Photographie von Hahn's Nachf.
Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, Vergrösserungen nach jedem Bild in künstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhaus-Strasse 30, gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 188. Spiegel: Weltausstellung in Berlin oder Paris. Hofnachrichten. Polizeiexecutive. Hausbesitzerverein. Gesammtrathssitzung. Hochverrathsprozeß. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Lotterie-Liste. | Mittwoch, 6. Juli.

Politisches.

Vor wenigen Tagen tauchte in einem Pariser Blatte der Gedanke auf, den Berlinern ihren Weltausstellungsplan, mit dem sie sich nunmehr seit anderthalb Jahren befassen, wegzuschnappen. Dieser Gedanke, in welchem die untilgbare Revancheidee auf unpolitischem Gebiete in die Erscheinung tritt, wurde sofort von der ganzen französischen Presse mit lebhafter Freude aufgenommen und alsbald wurde unter allseitiger Zustimmung der Beschluß gefaßt, im Säkulärjahr 1900 die nächste Pariser Weltausstellung stattfinden zu lassen. Die bewunderungswürdige Schnelligkeit, mit welcher im Laufe weniger Tage in Paris der Weltausstellungsgedanke greifbare Gestalt gewonnen hat, steht im auffälligen Kontraste zu der Schwerfälligkeit, mit welcher die Berliner ihr Ausstellungsprojekt monatelang erwogen haben, ohne daß es ihnen bisher geglückt ist, eine positive Grundlage nach irgend einer Richtung hin zu erzielen. Nicht einmal die Hauptfrage selbst, ob überhaupt vor Schluß dieses Jahrhunderts in der Deutschen Reichshauptstadt eine Weltausstellung in Szene gesetzt werden solle, ist zur Zeit definitiv bejaht oder verneint worden, geschweige denn, daß man bezüglich des Ausstellungsjahres oder der Ausstellungskosten eine bestimmte Vereinbarung getroffen hat. Dagegen müssen wir jetzt mit der Thatsache rechnen, daß Paris entschlossen ist, am fin de siècle eine internationale Weltausstellung abzuhalten. Denn der französische Ministerrath hat bereits Stellung genommen und der Minister des Auswärtigen, Ribot, hat der deutschen Regierung sogar schon die amtliche Mittheilung zugehen lassen, daß Frankreich die Staaten zur Beschickung der Pariser Weltausstellung einladen werde. Sehr erbaut wird Graf v. Caprivi über die rasche Entschlossenheit der französischen Regierung nicht gewesen sein, um so weniger, als er von dieser einige Tage vorher auf eine diesbezügliche freundliche Anfrage den Bescheid erhalten hatte, daß von ernsten französischen Bestrebungen, welche die deutschen Ausstellungswünsche durchkreuzen könnten, nichts bekannt geworden, und daß es überdies jetzt viel zu früh sei, Vorbereitungen für eine Weltausstellung zu treffen. Unser Reichskanzler hat sich angesichts dieses geradezu rücksichtslosen Betragens der französischen Regierung, welche uns mit dieser beruhigenden Erklärung offenbar in Sicherheit hat lullen wollen, nunmehr beeilt, seinerseits Schritte zu thun, um die noch ungelöste Frage, ob in Deutschland eine Weltausstellung stattfinden soll oder nicht, einer Beantwortung näher zu führen. Graf v. Caprivi wird zunächst durch eine Umfrage die Stellungnahme der verbündeten Regierungen kennen zu lernen suchen. Auf diese Weise wird das dicke Aktenbündel, welches bereits im Auswärtigen Amte in Berlin über die Ausstellungsfrage aufgethürmt ist, noch weiter anwachsen, während die Franzosen in der Zwischenzeit die Zustimmung des Senats und der Deputirtenkammer zu ihrem Ausstellungsprojekte herbeigeführt, den Garantiefonds gezeichnet und die Einladungen an die Regierungen aller Völker der Erde versandt haben werden. Bevor Deutschland in dem Weltausstellungswettrennen die erste Hürde genommen haben dürfte, wird Frankreich am Ziele angelangt sein.

Man würde Unrecht thun, der schwankenden Zurückhaltung des Grafen Caprivi allein die Schuld beizumessen, daß nunmehr infolge der französischen Ueberrumpelung Berlin vor Paris völlig in's Hintertreffen gerathen ist. Bei dem zweifelhaften und zum Theil ablehnenden Verhalten einzelner Kreise unserer Großindustrie einer Berliner Weltausstellung gegenüber und bei dem Mangel der finanziellen Opferbereitschaft, der selbst in der Reichshauptstadt zu Tage trat, war es für die Reichsregierung sehr mißlich, in der Angelegenheit entschlossen die Initiative zu ergreifen. Am besten wäre eine von vornherein ablehnende Haltung gewesen. Dann ständen wir jetzt nicht vor der Unannehmlichkeit, vor aller Welt von Frankreich überflügelt zu werden. Caprivi hat jetzt amtlich zu der Angelegenheit Stellung genommen, nachdem er noch am 20. Mai d. J. in seinem bekannten Schreiben aus Karlsbad erklärt hatte, daß kein Grund vorliege, eine amtliche Stellungnahme der verbündeten Regierungen herbeizuführen. Vierzehn Tage darauf erklärte der jetzige Reichskanzler, daß das Berliner Ausstellungsprojekt den Eifer an der Weltausstellung in Chicago gefährde, daß die deutschen Industriekreise als ihre nächste Aufgabe eine starke, würdige und erfolgreiche Vertretung Deutschlands auf amerikanischem Boden zu betrachten hätten. Für die Entscheidung über die Zweckmäßigkeit einer deutschen Weltausstellung konnte freilich der Hinweis auf die zu machenden Erfahrungen in Chicago nicht in Frage kommen; denn sonst hätte man die ganze Ausstellungsfrage bis zum Schluß der Chicagoer Weltausstellung verschieben müssen. Aber auch so erfolgte eine Vertagung, da das Präsidium des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller dem Grafen Caprivi auf sein zweites Schreiben erklärte, seine Thätigkeit in Sachen der Berliner Ausstellung bis zum Herbste dieses Jahres vertagen zu wollen. In dieser Antwort hieß es: „Unser Wunsch gipfelt nur darin, das Deutsche Reich und dessen Hauptstadt in einer Veranstaltung von so hoher Kulturbedeutung nicht durch rivalisirende Bestrebungen in anderen Ländern verdrängt, vielmehr rechtzeitig verbürgt zu sehen, daß Deutschlands Anspruch auf eine Weltausstellung innerhalb dieses Jahrhunderts unwiderruflich festgestellt werde."

Wahrscheinlich ist es dieser Wunsch der Berliner Kaufmannschaft gewesen, der den Grafen Caprivi veranlaßt hat, der französischen Regierung amtlich mittheilen zu lassen, daß in Deutschland in der öffentlichen Meinung eine größere Strömung sich für die Veranstaltung einer Berliner Weltausstellung kundgebe und daß man deutscherseits auf eine rechtzeitige Verständigung in dieser Frage mit der französischen Regierung hoffe. Vermuthlich hat erst diese überflüssige offizielle Kundgebung die französische Regierung dazu geführt, der Weltausstellungsfrage ihrerseits schnell entschlossen näher zu treten. Um einen Vorsprung zu gewinnen, wurde dem Auswärtigen Amte in Berlin zuerst eine beruhigende Antwort gegeben. Der Wunsch der interessirten Berliner Industriellen, einen „Anspruch Deutschlands auf eine Weltausstellung unwiderruflich festgestellt" zu sehen, war überhaupt nicht zu verwirklichen. Es giebt kein internationales Ausstellungsrecht, welches für alle Völker bindend wäre. Wenn die Franzosen angesichts der Thatsache, daß die letzten drei Weltausstellungen in Paris (1867, 1878 und 1889) stets in Zwischenräumen von 11 Jahren stattgefunden haben, den Rechtsgrundsatz aufstellen wollen, daß Frankreich alle elf Jahre eine Weltausstellung zu beanspruchen habe, so ist dies einfach lächerlich. Der Zwischenraum von elf Jahren ist ein ganz zufälliger und erst jetzt entdeckt worden, wo es sich darum handelte, den Deutschen einen argen Possen zu spielen. Auf diplomatischem Wege hat sich niemals ein deutscher Anspruch auf eine Weltausstellung feststellen lassen und es ist nicht einzusehen, mit welchem Rechte wir die Franzosen daran hindern wollen, im Jahre 1900 in Paris eine Weltausstellung zu eröffnen und die Völker dazu einzuladen, ebensowenig wie es den Franzosen einfallen könnte, uns eine Berliner Weltausstellung in demselben Jahre zu verbieten. Hiervon werden wir freilich, die wir noch nicht einmal in das Stadium der ersten Vorbereitungen gelangt sind, dem festen Entschlusse und der Eifrigkeit der französischen Regierung gegenüber abstehen müssen. In ein und demselben Jahre können wir in einer Weltausstellung mit Frankreich nicht konkurriren, da die meisten Völker ohne Zweifel der Einladung nach Paris Folge leisten würden, welches auf vier gelungene Weltausstellungen mit Stolz zurückblicken kann. „Wer früher kommt, mahlt früher!" Es erscheint so gut wie ausgeschlossen, daß wir den Vorsprung, welchen Frankreich in der Ausstellungsfrage bereits erzielt hat, einholen können. Auf 1900 als Ausstellungsjahr werden wir also wohl von vornherein verzichten müssen. Es bleibt dann nur die Frage übrig, ob zwischen den Weltausstellungen von Chicago und von Paris noch in Berlin eine solche mit Aussicht auf Erfolg stattfinden könnte. Bei der Ausstellungsmüdigkeit eines Theils unserer Großindustriellen, die nach Chicago kaum vermindert werden dürfte, muß diese Frage entschieden verneint werden, um so mehr, da in den Interessentenkreisen die Meinungen über die Zweckmäßigkeit einer Weltausstellung in Deutschland weit auseinandergehen und zum Mindesten von einer allseitigen Begeisterung für das Projekt bisher nichts zu spüren war. —Lo.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. Juli.

Berlin. Der Kaiser ist heute Vormittag 11 Uhr von Drontheim nach Bodö in See gegangen. — In einer heute stattgefundenen Sitzung des preußischen Staatsministeriums, an welcher auch der Reichskanzler Theil nahm, wurde über die Frage einer Weltausstellung in Berlin verhandelt. — Die „Kreuzztg." erklärt, daß nach Vertheilung von hiesiger leitender Stelle keineriei Pressionen nach Wien oder München ausgeübt worden sei, welche es verhindert hätten, daß Fürst Bismarck vom Kaiser von Oesterreich und vom Prinzregenten von Bayern empfangen wurde. — Der dem Bundesrathe vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Regelung des Auswanderungswesens, hat in den vorberathenden Ausschüssen mehrfach Zusätze erhalten. Darnach soll u. A. die Rückerstattung des Ueberfahrtsgeldes auch dann verlangt werden können, wenn der Auswanderer oder ein ihm begleitender Familienangehöriger stirbt, oder durch Krankheit oder sonstige außer seiner Macht liegende Zufälle am Antritt der Seereise verhindert wird. Wenn der Auswanderer aus anderen Gründen vor Antritt der Reise vom Vertrage zurücktritt, kann die Hälfte des Ueberfahrtsgeldes zurückverlangt werden. — Zu der im Juni stattgefundenen 1. Lagung der Reichscommission für Arbeiterstatistik bemerkt die „Norddeutsche" u. A.: Es ist ein durchaus friedliches und ersprießliches Zusammenwirken der Mitglieder gewesen und die Verhandlungen haben wohl auf alle Betheiligten den Eindruck gemacht, daß allseitig der beste Wille vorhanden ist und die Arbeit eine ersprießliche sein werde. — Die Erhebung der Anklage gegen Geh. Commerzienrath Baare in dem Stempelprozeß ist vom Oberlandesgericht in Hamm abgelehnt worden. — Der Minister des Innern empfing dieser Tage eine Deputation des Vorstandes der jüdischen Gemeinde, welche gegen die Abhaltung antisemitischer Versammlungen und die Verbreitung antisemitischer Flugblätter und dergl. vorstellig wurde. Der Minister verwies die Deputation demgegenüber auf die bestehenden Gesetze. Gegen etwaige Ausschreitungen würde auch den Juden der allen Staatsbürgern zustehende Schutz seitens der Gerichte und der Verwaltungsbehörden zu Theil werden.

Hamburg. Die „Hamb. Nachr." beantworten in einem längeren Leitartikel die Angriffe der Norddeutschen auf Fürst Bismarck. Sie hätten mit der Kundgebung ihrer Ansichten zurückgehalten so lange, wie sie den Eindruck nicht fanden, den diese Philippika auf Bismarck gemacht habe. Sie hätten sich darnach erkundigt und die Antwort mit dem plattdeutschen Ausdruck erhalten: „Dor lach' ickower." Bismarck nimmt die Artikel der „Norddeutschen" nicht ernst und hält sie nicht für offiziell, sondern für Theaterdonner hinter den Coulissen, den Pindter als Jupiter Tonans besorgt. Wir haben im Reiche noch keine Tradition über die Stellung des Exreichskanzlers zu seinem Nachfolger, dieselbe soll sich erst bilden. Gegen die preußischen Minister aber ist von jeher in der Presse wie im Parlament eine ganz andere Sprache geführt worden als jetzt. Wir glauben, daß die heutigen Minister, wenn sie auf dem bisherigen Wege fortfahren und wenn die praktischen Folgen ihrer Maßregeln sich im Lande mehr als bisher fühlbar gemacht haben, noch andere Dinge zu hören bekommen werden, als die, welche die „Norddeutsche" jetzt zu ihrem Verdruß in dem Interview der „Neuen freien Presse" gelesen habe und wenn Bismarck der Einladung des Pindter'schen Blattes folgend in den Reichstag einträte, glauben wir nicht, daß seine Kritik an den Maßregeln, welche er nicht billigt, sich in den Grenzen seiner Wiener Aeußerungen halten werde. Wir halten den kritischen Theil der Artikel der „Norddeutschen" für unwahr und die Drohung eines gerichtlichen Verfahrens gegen Bismarck für eine geschmacklose Lächerlichkeit. Uebrigens wäre es höchst interessant, wenn der Versuch einer gerichtlichen Klage gegen Bismarck gemacht würde. Er habe Nichts gegen einen dramatischen Abschluß seiner politischen Laufbahn, auch wenn die Folgen für ihn ernster wären, als nach Lage der Gesetzgebung möglich.

* Essen. Das Oberlandesgericht in Hamm lehnte die Erhebung der Anklage gegen Geh. Commerzienrath Baare in Sachen der Bochumer Stempelfälschung ab und hielt die vom Landgericht in Essen abgelehnte Anklage gegen zwei Beamte des Bochumer Vereins aufrecht. Der Stempelfälschungsprozeß gegen Rosenthal und Genossen beginnt am 25. Juli vor der Essener Strafkammer.

Cleve. In der heutigen Sitzung des Kanener Kindermord-Prozesses bekundete Kreisphysikus Dr. Bauer, daß die Durchschneidung des Halses des ermordeten Knaben anscheinend mit einem bei Buschoff vorgefundenen Schlachtmesser vorgenommen worden sei. Kreiswundarzt Dr. Nuenninghoff hält das Messer nicht für geeignet, die vorgefundenen Verletzungen hervorzurufen. Medizinalrath Dr. Kirchgesser, Mitglied des Medizinalkollegiums der Rheinprovinz, stellt auch in Abrede, daß das Messer gebraucht worden sei, der Mord könne eben so gut mit einem gewöhnlichen Brotmesser ausgeführt worden sein. Auch habe es nicht den Anschein, als ob der Thäter in der Führung des Messers geübt gewesen sei. Ein Ritualmord sei nach Lage der Dinge absolut ausgeschlossen. Der Kreisphysikus Dr. Bauer und der Kreiswundarzt Dr. Nuenninghoff treten dieser letzteren Bekundung mit voller Bestimmtheit bei.

* Braun. Das vierte Bundesschießen ist heute geschlossen worden. Erster Meisterschütze wurde Ferdinand Kirchenauer-Schardting, zweiter Josef Carl-Gerlachs den Kaiserpreis, einen prächtigen Silberschild, errang Habel-Tropau.

Lemberg. Ein hiesiges polnisches Blatt meldet, mit Kaiser Franz Josef werde Kaiser Wilhelm den galizischen Manövern beiwohnen und nach Lemberg kommen.

Krakau. Laut neuester Verordnung werden künftighin in Congreß-Polen nur Angehörige der russischen Armee militärische Lieferungen übernehmen und bei russischen Bauten als Bauführer und Arbeiter beschäftigt werden.

Antwerpen. Der Gemeinderath beschloß, ein vorläufiges Comitee zur Veranstaltung einer internationalen Ausstellung im Jahre 1894 zu bilden und drei Vertreter nach Brüssel zu senden, um die Unterstützung der belgischen Regierung zu erbitten.

Athen. Infolge des Auftretens der Cholera beantragte der Sanitätsrath eine 14tägige Quarantäne für die Provenienzen aus den Häfen von Batum bis Kunkale und eine 5tägige Observations-Quarantäne für die Provenienzen aus Syrien.

London. Gladstone kennzeichnete gestern in einer in Stow gehaltenen Wahlrede die Achtstundenbewegung als den unbestimmten, undeutlichen Ausdruck eines Gefühls, welches mächtig, stark und gerecht sei. Ein Gesetz zur Einschränkung der Arbeitszeit aller Gewerbe wäre gegenwärtig unmöglich, dagegen äußerte sich Gladstone zu Gunsten der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages für Bergarbeiter. Eine derartige Maßregel würde hoffentlich in wenigen Tagungen Gesetzeskraft erhalten.

Petersburg. Ueber den angeblich den Großfürsten Wladimir auf seiner Truppeninspektionsreise betroffenen Unfall liegen keinerlei Meldungen vor. Der Großfürst setzt seine Inspektionsreise fort.

Newyork. In San Jose (Kalifornien) brannten das größte Hotel, das Kalifornia-Theater und 30 große Waarenhäuser ab. Mehrere Personen sind in den Flammen umgekommen, Viele haben schwere Verletzungen davongetragen.

Die Berliner Börse verlief still. Interventionskäufe in Russen und Deckungen bewirkten Aufwärtsbewegung. Auch der Montanmarkt zeigte verhältnißmäßig günstige Haltung, doch gingen die kleinen Besserungen später wieder verloren. Banken nach anfänglicher Besserung abbröckelnd. Deutsche Bahnen mehr abgeschwächt, nur Fürst. fest. Fremde Renten fest. Schluß lustlos und schwach. Cassaverkehr still bei schwacher Tendenz. Privatdiskont 1¾ Prozent. Nachbörse besser. — Kohlenmarkt: warm. Wetterwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 208.,. Disconto 186,30. Dresdn. Bk. 142,80. Staatsb. 214. Lombard. 57. Laura 168,00. Ung. Goldr. —, Portugiesen 22,50. Siemens —,—. Behauptet.

Paris. Schluß. Rente 98,02. Italiener 92,57. Spanier 65¾. Portugiesen 23. Türken 20,22. Türkenlose 81,50. Ottomanbank 578,00. Suezkanalbahn 65,00. Lombarden —,—. Besser.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Juli 22,70, per Novbr.-Febr. 23,30 matt. Spiritus per Juli 47,75, per Januar-April 42,75 ruhig. Rüböl per Juli 65,25, per Januar-April 70,00, fest.

Amsterdam. Produkten Schluß. Weizen per Juli —, per Novbr. 201. Roggen per October 169, per März 161.

Oertliches und Sächsisches.

— Dem Geheimen Oberbaurath und Oberlandbaumeister a. D. Karl Adolf Canzler ward das Komthurkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden verliehen.

— Se. Excellenz der Herr Staats- und Finanzminister von Thümmel ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat die Geschäfte wieder übernommen.

— Se. Excellenz Staatsminister v. Metzsch traf vorgestern in Pirna ein, um eine Besichtigung der Heilanstalt Sonnenstein vorzunehmen.

— Se. Excellenz der bayerische Gesandte Freiherr von Rietthammer hat einen mehrwöchigen Urlaub angetreten und sich mit Familie nach Steiermark begeben.

— Dem Brettschneider Karl Emil Kruber in Kleinschönau ist für die von ihm am 21. Januar unter eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung einer Frauensperson vom Tode des Ertrinkens in der Reiße derselbe die silberne Lebensrettungsmedaille nebst der Berechtigung zum Tragen derselben am weißen Bande verliehen worden.

— Wie bereits kurz erwähnt, erfolgte dieser Tage die feierliche Einweisung des Herrn Polizeihauptmann von Wolffersdorff in sein Amt, wobei Herr Präsident Schwaun eine die weiteren Kreise interessirende Ansprache hielt, in welcher er die maßgebenden Gesichtspunkte für die Ausübung der Geschäfte entwickelte. Der Herr Präsident führte dabei Folgendes aus: „Sie werden, Herr Hauptmann, zunächst auf die militärische Haltung, auf den militärischen Anstand ihr Augenmerk zu richten haben und dafür sorgen, daß dieser stets aufrecht erhalten werde. Dies bemerke ich hierbei, daß das Militärische in der Gendarmerie nicht so weit ausgedehnt werden darf, daß der übrige hauptsächliche Dienst darunter leidet. Der unbedingt nothwendige militärische Anstand, die militärische Haltung bilden gewissermaßen die Form, unter welcher die Thätigkeit der Gendarmen stattzufinden hat. Was nun diese letztere anlangt, so lege ich ganz besonderen Werth darauf, daß seitens aller Polizeibeamten, insbesondere der Gendarmerie, welche unausgesetzt mit dem Publikum in Berührung steht, die Rücksichten der Humanität, welche die neuere Zeit mit vollem Rechte fordert, stets im Auge behalten werden, die Gendarme im Verkehr mit den Einwohnern sich höflich und gefällig, ohne dabei bedientenhaft zu werden, sich benehmen, nicht jede kleine Zuwiderhandlung gegen polizeiliche Anordnungen als grobes Vergehen ansehen, überhaupt immer präventiv d. h. verwarnend, vorbeugend, vermittelnd vorgehen und wenn es nöthig ist, ernstlich einschreiten, dies mit Fertigkeit und Ruhe thun, ohne viele Worte zu machen und bei Ausführung der härtesten Maßregeln, wie bei Arretirungen und Haussuchungen immer die mildeste Form wählen: im Uebrigen aber recht viel hören, recht

Friedrich & Glockner
unübertroffen nur Fessel geschützten Schnell-trocken-Lackfarben als zweiten Anstrich, als erstem Anstrich, Schnelltrocken-Firnissfarben